

EINE HISTORISCHE ZÄSUR

DIE AKTUALISIERUNG DER NATION DURCH 1989

≡ Tilman Mayer

200 Jahre nach der Französischen Revolution, in welcher der dritte Stand die Nation allein zu repräsentieren beanspruchte, hat mit der Friedlichen Revolution in Deutschland ebenfalls eine Bewegung von unten die Herrschaftsverhältnisse umgestürzt. Die im Herbst 1989 auf Demonstrationen in der DDR ausgerufenen Protestparolen »Wir sind das Volk« und »Wir sind ein Volk« sind Formeln revolutionärer Art und haben die demokratische und nationale Frage auf die Tagesordnung in Deutschland gesetzt. Die nationale Frage war Jahrzehnte ungelöst; sie war entstanden als Ergebnis der Auseinanderentwicklung der Sieger des Zweiten Weltkriegs, die Deutschland besetzt und in der Konsequenz geteilt hatten. Die Einheit der deutschen Nation wiederherzustellen, war erklärtes Ziel westdeutscher Regierungen. Die Präambel des Grundgesetzes transportierte dieses Staatsziel.

Allerdings muss das, was verfassungsrechtlich aufgegeben ist, auch von den Bürgern mitgetragen werden. Im Laufe der Jahrzehnte ging dieser Wille zur Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates in manchen akademischen Kreisen verloren. Unter diesen Politikern und Publizisten entwickelte sich die fixe Idee, dass die Teilung Deutschlands der Preis sei, den die Deutschen für die Kriegsabenteuer der Jahre ab 1939 zu bezahlen hätten. Andere sprachen davon, dass der Friede in Europa nur mit der Teilung Deutschlands gewahrt werden könne. Eine dritte Argumentationslinie besagte, dass wir in Europa aufgrund des europäischen Integrationsprozesses in eine postnationale Ära eingetreten seien, in der ohnehin Nationalstaaten, vom Format und von der Kompetenz her gesehen, keine Rolle mehr spielten.

Diese verschiedenen Argumentationsfiguren verstellten mit moralischen Bedenken und friedenspolitischen Vorwürfen jedoch den Blick auf die Realität. Mithin gehörte zur Lebenslüge von Teilen der politischen Repräsentanz West-Deutschlands, mit der deutschen Nation abgeschlossen zu haben. Aus fortschrittlich-postnationaler Sicht war das Denken in nationalstaatlichen Kategorien gefährlich, rückständig und schlicht nicht mehr zeitgemäß. Eine schwierige Lage für eine politische Kultur, wenn namhafte Kreise offensichtlich bzw. de facto in Konflikt geraten mit einem maßgeblichen Staatsziel und der Realität – denn die Nation bestand ja weiterhin auch in der Teilungsphase fort.

DIE VIRULENZ DER NATIONALEN FRAGE

Umgekehrt die Situation derjenigen Kreise, welche die Einheit der Nation herzustellen durchgehend als Aufgabe angesehen haben, für die also die deutsche Frage offen war. Ihre stärkste Unterstützung¹ fanden sie im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973. Das Gericht erklärte die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition insgesamt für verfassungsgemäß, da sie mit dem Ziel der Wiedervereinigung vereinbar sei; dann sei auch das Grundlagenvertragswerk wiedervereinigungskonform. Dieses Urteil wird heutzutage nicht nur studentischerseits nicht mehr verstanden, da doch die Entspannungspolitik zur Wiedervereinigung geführt habe.

Gerade nicht die Anerkennung der Teilung, sondern die Perspektive einer Wiedervereinigung war der Clou dieses Urteils. Die Kritik an der Entscheidung der Verfassungsrichter kam entsprechend von vehementen Vertretern der entspannungsorientierten Teilungsanerkennung und natürlich von der DDR, die erkannte, dass mit dem Ziel der Wiedervereinigung das Ende ihres Staates angedacht war. Diese These vom Ende der DDR und von der potenziellen Möglichkeit einer Wiedervereinigung widersprach der Entspannungsphilosophie – die nicht die Beseitigung der DDR, sondern die Koexistenz mit ihr zum Ziel hatte.

Viele Befürworter einer umstandslosen Anerkennung des Status quo waren konsterniert, dass man sie auf die Wiedervereinigung festlegte – aus ihrer Sicht eine Kalte-Kriegs-Position. Bis in den Herbst 1989 hinein gab es diese vehementen Kritiker einer Wiedervereinigungspolitik, welche die Virulenz der nationalen Frage nicht erkannt hatten und wenig später dem Schock des realgeschichtlichen Prozesses in Deutschland ausgesetzt und zur Revision ihrer Fehltritte gezwungen waren. Die Höflichkeit gebietet es, keine Namen von Wissenschaftlern und Politikern dieser Provenienz zu nennen.

Die Bevölkerung der DDR war die Akteurin des revolutionären Prozesses, der zur Einheit führte. Die Bevölkerung der DDR hat die nationale Frage von unten aufgeworfen. Der Selbstbefreiungsprozess der DDR-Bevölkerung stand in Europa nicht allein. Auch in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern hat man die von den Bevölkerungen getragenen Veränderungsprozesse zu Recht als Revolutionen bezeichnet.

EINE ERFOLGREICHE REVOLUTION IN DEUTSCHLAND

Insofern ist das Jahr 1989, obgleich es zu keinem Blutvergießen kam, in die Kategorie der großen Revolutionen einzuordnen. Im Unterschied zur Oktoberrevolution von 1917 kam eben hier der emanzipatorische Charakter deutlich zum Tragen: als Befreiung von einem repressiven System, dem

¹ Vgl. hierzu Daniel Koerfer, Den Anspruch wachhalten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.07.2015.

Kommunismus – oder was von diesem real-existierend und spättotalitär übriggeblieben war, aber beseitigt werden musste.

Hier von einer Zäsur zu sprechen, ist so gesehen das Mindeste, was man annehmen muss; denn schließlich ist von einer Revolution die Rede. Dagegen lediglich von einer Wende zu sprechen, würde bedeuten, den SED-Jargon zu verwenden, mit dem Egon Krenz damals versucht hatte, der Oppositionsbewegung Wind aus den Segeln zu nehmen, sie zur Trägerin einer bloßen Richtungsänderung oder Wende herunterzustoßen.

Der Zäsurcharakter von 1989 lässt sich auch problemlos begründen mit dem Fall der Mauer, dem eine weltpolitische Bedeutung zukommt. »Schaut auf diese Stadt«, das hatte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, in den 1950er Jahren der Welt zugerufen, und die ganze Welt hat 1989 die symbolische Bedeutung des Falls der Mauer wahrgenommen. Das Ende des Kommunismus in Europa wurde mit dem Fall der Mauer in Berlin eingeleitet. Lenins Einschätzung, dass wer Deutschland habe, ganz Europa beeinflusse, hat sich – freilich gegen seine Intention – bestätigt. Die Veränderungen in Deutschland haben einen wesentlichen Beitrag zum Umbruch in ganz Europa geleistet.

Mit der Zäsur von 1989 und dem Ende der Sowjetunion 1991 hat das kurze 20. Jahrhundert seinen Abschluss erlebt. Zwischen 1917 und 1989 entwickelte sich der Aufstieg und Niedergang des ersten, Maßstäbe setzenden totalitären Staates. Nach der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, dem Ersten Weltkrieg, hatten sich nun, am Ende des Jahrhunderts, erstmals für alle Europäer Freiheitsperspektiven eröffnet. Insofern war 1989 *die* große Zäsur des 20. Jahrhunderts – ohne damit das Ende des Faschismus 1945 übergehen zu wollen.

Umso erstaunlicher ist die Neigung unter deutschen Intellektuellen, nach einigen Jahren des Schockschweigens – wenn man ein derartiges Wort dafür kreieren darf – die Zäsur von 1989 gar nicht als solche anzuerkennen und dem weltpolitischen Umbruch keine tragende Idee zuzubilligen. So hat zum Beispiel der ehemalige WZB-Direktor und Historiker Jürgen Kocka² die Jahre 1989 bis 1991 mit den großen Zäsuren 1789, 1914 und 1945 verglichen und die These vertreten, dass die großen Zäsuren der Weltgeschichte erst mit zunehmendem Abstand gewichtiger würden. Er ist nicht davon überzeugt, dass 1989 dazu gehört. Das Denken der Historiker zu diesem Datum sei nicht verändert worden, es handle sich um eine Umwälzung ohne Utopie.

Die Utopie ist Kocka anscheinend ein Maßstab: »Anders als die Revolution von 1789 oder 1917 war die Umwälzung von 1989/91 nicht mit einer neuen Utopie, nicht mit einer Vision der zivilisatorischen Neugestaltung, nicht mit einem neuen Wirklichkeitsentwurf verbunden. Deshalb zögern auch viele, im

² Siehe Jürgen Kocka, Umwälzung ohne Utopie. 1989 und die Geschichtswissenschaft, in: WZB-Mitteilungen, Zeitenwende 1989. Umsturz, Wandel und Kontinuitäten, H. 146 (Dezember 2014), S. 11–14.

Rückblick von einer Revolution zu sprechen. Im Kern ging es um die Durchsetzung bereits vorher formulierter Grundsätze in einem Teil der Welt, der sich ihnen bis dahin versperrt hatte.«³ Die Friedliche Revolution von 1989 wird so *ex cathedra* zu einem leichten Wind in der Weltgeschichte herunter dekliniert. Von einer Zäsur zu sprechen, wäre dann schon fast eine Übertreibung. Ich erachte das als ein Fehlurteil, das dem weltgeschichtlichen Umbruch, symbolisiert durch den Fall der Mauer, nicht gerecht wird. Das Ende der Sowjetunion und des gesamten Ostblocks bedeutete eine kolossale Niederlage des europäischen Kommunismus. Damit endete auch eine von Utopien gesättigte Ideologie, deren Erschütterung sich zwar lange Zeit angekündigt hatte, aber deren Ende mit Krieg und Gewalt in Verbindung gebracht wurde und insofern als absolut unrealistisches Szenario galt. Es spricht für sich, dass viele linke Intellektuelle der alten Bundesrepublik noch immer nicht bereit sind, diese gewaltige Erschütterung und endgültige Erledigung einer Utopie als großes weltgeschichtliches Ereignis anzuerkennen, das vielleicht zum Ende des utopischen Denkens überhaupt beiträgt. Möglicherweise handelt es sich auch nur um einen internen Streit unter Historikern, wobei der Sozialgeschichtlicher nicht die gravierende Rolle der politischen Geschichte respektieren möchte. Jedenfalls wird die Wesensverwandtschaft von 1789 und 1989 zu nivellieren gesucht.

Bei beiden Zäsuren handelt es sich um Revolutionen, die *Bottom up*-Regime hinweggefegt haben. Feudale und stalinistische Repressionen wurden beseitigt oder marginalisiert. Dass in der Phase 1989–91 die (mit der Französischen Revolution in Europa praktisch begründeten) Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Volkssouveränität aktualisiert wurden, hat auch ideenpolitische wie praktische Bedeutung. Ideenpolitisch, weil hier zwei Prinzipien nationalstaatliche Anwendung fanden, die – wie wir sahen – manche bereits aufgegeben hatten. Noch bedeutsamer ist in praktischer Hinsicht mit Blick auf Mittel- und Osteuropa zu vergegenwärtigen, wie elementar das postnationale Ideologem doch widerlegt wurde. Denn man hatte ja in den Siebziger- und Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts lesen können, dass nicht nur das Zeitalter der Nationalstaaten längst abgelaufen, sondern dass auch mit Neugründungen nicht mehr zu rechnen sei. Das Gegenteil trat ein. Ein Dutzend neuer Nationalstaaten wurden in Europa gegründet und die Kreise des ehemals postnationalen Denkens täten vor diesem Hintergrund gut daran, dem Nationalstaat sein politisch-gestalterisches und (hoffentlich) konstruktives Potenzial nicht von vornherein abzusprechen. Diesem Ansinnen entgegen steht aber ein Denken, das mit den Kategorien Nation und Nationalstaat schlicht nichts anfangen kann bzw. auch nichts

3 Ebd., S. 14.

anfangen möchte und das damit erneut eine Herausforderung für die politische Kultur darstellt, weil nun einmal von der Fortexistenz der europäischen Nationalstaaten ausgegangen werden muss.

DEN NATIONALSTAAT RESPEKTIEREN

Die Schwierigkeit im Umgang mit der Nation besteht in Deutschland wegen der vorherrschenden Deutung des Nationalstaats als Übeltäter im Sinne des Nationalismus und zusätzlich noch als Träger nationalsozialistischer Politik. Aus diesem Deutungsansatz herauszukommen, ist in Deutschland kaum möglich. Dennoch kann die deutsche Problematisierung des Nationalstaates nur als sonderliche Entwicklung eingeordnet werden. Denn die Nationalstaaten in Großbritannien und den USA zum Beispiel transportieren nicht diese negative Konnotation, wie sie in Deutschland seit der Nachkriegszeit üblich ist. Die im Grunde einfache Unterscheidung, dass Politik und Politikrichtung eines Nationalstaates autoritär oder demokratisch ausfallen können, nicht aber der Nationalstaat als solcher schon der Stein des Anstoßes sein muss, bestimmt die Diskussion in Deutschland nicht.

Vor diesem Hintergrund lässt sich leicht nachvollziehen, dass das Wiederauftauchen eines Nationalstaates in Deutschland ein größeres Lernpotenzial ausgelöst hat – nicht in der Bevölkerung⁴, aber in Teilen der Öffentlichkeit. Und es ist leicht verständlich, dass die sogenannte Erfindung der Nation in Deutschland als wissenschaftliche These besonders viel Resonanz fand und findet. Die kürzlich aufgetauchte Formel, Europa bzw. der europäische Integrationsprozess diene der Auflösung der Nationalstaaten (Robert Menasse), ist Teil dieser spezifisch deutschen, wenn auch verständlichen Psychose.

Führt man sich diese Momente vor Augen, erklärt sich schnell, dass die Zäsur von 1989 die Wahrnehmung der Nation veränderte. Doch nach wie vor meidet man gerne den Begriff des Nationalstaates und spricht lieber von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Allerdings gibt es bereits eine Diskussion in Europa über das zunehmende Gewicht Deutschlands, das schon Margaret Thatcher umgetrieben hat. Es werden, insbesondere aus britischer Feder, eine neue deutsche Frage und eine semihegemoniale Struktur Deutschlands in Europa behauptet oder befürchtet.⁵

Man könnte sagen, dass der deutsche Nationalstaat, wie bereits im 19. Jahrhundert unter Bismarck, heute wieder vielfach als potenzielle Bedrohung wahrgenommen wird. Dazu ist allerdings anzumerken, dass es sich dabei um ein Konstrukt handelt, dem die Bevölkerungen in Europa – was das Ansehen Deutschlands angeht – keinesfalls folgen. Diese internationalen Vorbehalte, wenn auch hauptsächlich aus britischer Sicht, kommen der

⁴ Vgl. Thomas Petersen, 17. Juni, der »Wartesaal der Geschichte« und die Schatten der Diktatur, in: Tilman Mayer (Hg.), Im »Wartesaal der Geschichte«. Der 17. Juni als Wegmarke der Freiheit und Einheit, Baden-Baden 2014, S. 147–168.

⁵ Vgl. Brendon Simms, Ein Kampf um Vorherrschaft: Eine deutsche Geschichte Europas seit 1453 bis heute, München 2014; vgl. auch Hans Kundnani, German Power. Das Paradox der deutschen Stärke, München 2016 sowie Andreas Rödder, Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems, Frankfurt a. M. 2018.

Nationalstaatsseksis hierzulande, wie ich sie geschildert habe, entgegen. Der – deutsche – Nationalstaat verlangt eigentlich nach einer eingehenderen Beschäftigung mit ihm.⁶

Allerdings bleibt richtig, dass das »deutsche Problem« in der Entstehungsphase europäischer Integrationsstrukturen nach 1945 motivational eine erhebliche Bedeutung hatte.⁷ Helmut Kohl hat die Vorbehalte gegenüber dem Nationalstaat seinerseits bedient, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands dadurch aber nicht infrage gestellt, sondern beide Prozesse – die deutsche wie die europäische Einigung – als gleichermaßen zielwürdig angesehen.

Die Zäsur von 1989 ist also deshalb so widersprüchlich, weil in akademischen Kreisen sich zum Nationalstaat als Format der Politik zu bekennen nicht ohne Weiteres erwartet werden kann. Damit negiert man die geschichtskorrektive Leistung der Bonner Republik, d.h. eine Politik, welche die historische Fehlentwicklung einer ganzen Nation nach 1933 korrigiert und auf diese Weise eine Art Normalität im Konzert der europäischen Nationalstaaten entwickelt und erreicht hat. Denn Bonn war ja ein Nationalstaat *in spe*, der Prototyp des wiederherzustellenden Nationalstaates bzw. ein Nationalstaat *in nuce*, dem lediglich versagt blieb, seinen Geltungsbereich auch bis an die Elbe wahrzunehmen, was erst nach den freien Wahlen vom März 1990 möglich wurde – ganz in der Logik des erwähnten Verfassungsgerichtsurteils von 1973.

IST DIE ALTE BUNDESREPUBLIK UNTERGEGANGEN?

Insofern ist die Frage, ob die alte Bundesrepublik im Zuge der Wiedervereinigung untergegangen sei, in zweifacher Hinsicht zu beantworten. Einmal mit Ja, wenn man die Rede von der Berliner Republik absolut setzt – so, als ob sie etwas anderes wäre als die vorausgegangene Bonner Republik. Von ihr ist nachvollziehbar die Rede, um den Entwicklungsprozess nach 1990, insbesondere mit der Verlagerung des Regierungszentrums von Bonn nach Berlin, deutlich herauszustreichen. Und sicherlich hat sich ja auch die politische Kultur von Bonn und Berlin unterschiedlich ausdifferenziert.

Andererseits kann man mit Nein antworten, die Bundesrepublik besteht auch »über Bonn hinaus«⁸. Und vor allen Dingen kann man sagen, dass die Bonner Republik ihre Aufgabe erfüllt hat, die Wiedervereinigung als Möglichkeit für Jahrzehnte aufrechtzuerhalten und auch die Substanz der Demokratie dieser Republik für ein gefestigtes, fortbestehendes demokratisches Deutschland zu konzeptualisieren. Die Berliner Republik baut auf den Bonner Vorleistungen auf.

Tatsache bleibt, dass »1989« die deutsche Geschichte mit einer erfolgreichen Revolution beglückt hat. Das Wort Glück ist hier durchaus angemessen.

⁶ Vgl. Hans-Christoph Kraus, Nation und Nationalstaat – Historische Voraussetzungen und gegenwärtige Bedeutung, in: Carlo Masala (Hg.), Zur Lage der Nation. Konzeptionelle Debatten, gesellschaftliche Realitäten, internationale Perspektiven, Baden-Baden 2018, S. 9–27.

⁷ Vgl. Matthias Schütz, Mit und gegen Deutschland. Die europäische Einigung und das »deutsche Problem«, Berlin 2018.

⁸ Tilman Mayer u. Dagmar Schulze-Heuling (Hg.), Über Bonn hinaus. Die ehemalige Bundeshauptstadt und ihre Rolle in der deutschen Geschichte, Baden-Baden 2017.

Allzu viele derartige Ereignisse gibt es bekanntlich in der deutschen Geschichte nicht.

Den (späteren Bundes-)Ländern in der Sowjetischen Besatzungszone war nach 1945 nicht gestattet, an der Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit teilzunehmen. Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland geschah deshalb in gesamtdeutschem Auftrag, also auch für die Länder, denen eine Mitwirkung versagt blieb. Die provisorische Staatlichkeit Westdeutschlands war auf die definitive Vollendung der Einheit der Nation hin ausgerichtet. Nicht in allen Jahrzehnten wurde von allen politischen Akteuren dieser Intention entsprochen. 1989/90 war es in diesem ursprünglichen gesamtdeutschen Sinne möglich, die staatliche Einheit in den Grenzen von 1990 zu verwirklichen. So war es möglich, die Erfolgsgeschichte Westdeutschlands sukzessive auf Ostdeutschland zu übertragen. In der Praxis des Zusammenwachsens ist es in Ostdeutschland bekanntlich zunächst, entgegen der Intention der Handelnden, in den 1990er Jahren zu erheblichen sozialen und ökonomischen Anpassungsprozessen gekommen.

Aber Republik, Demokratie, Verfassung mussten nicht neu erfunden werden. Was »Bonn«, die sogenannte Bonner Republik, erreicht hatte, war übertragbar und anschlussfähig. So kann man bildlich gesprochen von einer Stafette sprechen, die »Bonn« in der deutschen Nationalgeschichte übernommen hat und die es zehn Jahre später, mit dem Wechsel des Regierungssitzes 1998 nach Berlin, übergeben hat.

Die Beendigung der kommunistischen Herrschaftsformation in der DDR führte konkret zur Übernahme der folgenden Errungenschaften der Bonner Republik. Ich greife hier auf einen früheren Beitrag zurück.⁹

Erstens hat die Demokratiegründung in Westdeutschland zu einer gefestigten Kanzlerdemokratie nach Westminster-Vorbild geführt und deshalb Stabilität erzeugt und Anerkennung gefunden, was in den Jahrzehnten der Bonner Republik auch vom Ausland bestätigt wurde. Dass die Demokratieverankerung nach den Prägungen durch den Sozialismus in den neuen Bundesländern nicht pauschal oder für eine Mehrheit, aber für einen gewissen Bevölkerungsanteil eine Herausforderung darstellen würde, lässt sich demoskopisch nachweisen. Die Prägung in einer sozialistischen Diktatur verschwindet nicht über Nacht und deshalb ist die Demokratieverankerung zu gewährleisten auch immer eine politisch-kulturelle Herausforderung.

Zweitens haben sich 1989/90 große Erwartungen an die Einführung der sozialen Marktwirtschaft in Gesamtdeutschland gerichtet. Viel Fantasie bezog sich auf das »Wirtschaftswunder« der 1950er Jahre, als ob eine Übertragung lediglich eine mechanische Angelegenheit wäre. Das Modell zu etablieren,

⁹ Vgl. Tilman Mayer, Bonn und Nationalgeschichte, in: Ders. u. Schulze-Heuling, S. 321–333.

stellte sich indes als sehr große Herausforderung dar, die blühenden Landschaften ließen auf sich warten. Die Transformation der Ökonomie im Beitrittsgebiet vollzog sich unter erschwerten Umständen. Die Schaffung einer nationalökonomisch erfolgreichen Einheit im Zeitalter der Globalisierung erwies sich als Zäsur besonderer Art. Die sozialen Verwerfungen waren für das einheitliche Nationalbewusstsein, die betroffenen Individuen in Ostdeutschland, sehr belastend. 1990 kam die Frage nach einer neuen Verfassung auf; aber sie wurde mit Blick auf das Grundgesetz und seine Errungenschaften aus verfassungsgeschichtlicher Perspektive nicht weiter verfolgt – hauptsächlich, weil die Zeitumstände keinen Spielraum ließen. Grundlegende Prinzipien der Verfassung bedürften allerdings nicht der Überarbeitung.

Die politische Kultur der Bundesrepublik stand – *drittens* – nie unter den prekären und militanten Auspizien der Weimarer Republik, d. h., die Anerkennung des politischen Systems stand so gut wie immer außer Zweifel, jedenfalls nach überwiegender Mehrheitsauffassung. Diese Stabilität ist ein hohes Gut.

Viertens war der freiheitliche Westen eine Folie der Selbstverständigung, die mit der Ausdehnung der Geltung des Grundgesetzes zwar aufgegriffen, aber nicht immer unterstützt wurde. Erklärungsbedürftig bleibt zum Beispiel die gewisse Ausrichtung mancher Ostdeutscher Richtung Russland.

Fünftens spielt die Einbettung in das westliche Bündnissystem für die Identität der Westdeutschen eine große Rolle, so insbesondere im Kalten Krieg, als es um die Sicherheit und Sicherung dieses geografischen Raumes ging.

Endlich lässt sich *sechstens* die Akzeptanz der europäischen Integration begründen, die zusätzlich für Frieden und Wohlstand sorgte. Die Wiedergewinnung der Nationalstaatlichkeit in Deutschland und Osteuropa wirft aber aktuell die noch immer ungeklärte Frage auf, wie das gewollte Fortbestehen der Nationalstaaten mit Europa bzw. der EU zusammen gedacht werden kann. Der wiederentdeckte Nationalstaat – nicht nur in Osteuropa – schickt sich nicht an, sich wieder aufzugeben, um den europäischen Integrationsprozess zu befördern. Das Europa der Vielfalt hat sich 1989 gezeigt und rekonfiguriert.

Siebtens kann das in Westdeutschland entwickelte Parteiensystem erwähnt werden. Es verändert sich sukzessive und wird in Ostdeutschland mehrheitlich anerkannt, auch wenn es – mit Blick auf die Mitgliederzahlen der Parteien und ihre Zustimmungswerte – weniger verankert ist. Die Zäsur von 1989 hat zu einem nationalen Bewusstwerdungsprozess, zugleich aber auch mit einer Vielzahl nationalstaatlicher Neugründungen zu neuer Verantwortung Europas geführt. Das Ende des Kommunismus in Europa bedeutete einen neuen Anfang für viele Nationalstaaten – einen Aufbruch, der die europäische Architektur noch lange bestimmen wird.



Tilman Mayer, Univ.-Prof. für Politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte an der Universität Bonn. Mitglied des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft, Berlin (»Forum Deutschland-Forschung«).